

OSTSCHWEIZER FIRMA WILL DINGE INDIEN BA

Tierschutzkommission: «Es wird alles offengelegt»

07. September 2017, 05:22

UNTERSUCHUNG Der Thurgau lässt die Probleme im Vollzug des Tierschutzes unter die Lupe nehmen. Gestern teilte der Regierungsrat mit, welche Köpfe der unabhängigen Untersuchungskommission unter der Leitung des ehemaligen Zuger Sicherheitsdirektors Hanspeter Uster angehören. Es sind dies Dominik Burger von Agroscope in Avenches, Hans Frei, Vizepräsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Vanessa Gerritsen von der Stiftung Tier im Recht, Josef Troxler, Leiter des Instituts für Tierhaltung und Tierschutz der Universitätsklinik Wien, sowie Reto Wyss, Kantonstierarzt des Kantons Bern. Mit Roland A. Huber (BDP) und Didi Feuerle (GP) gehören auch zwei Vertreter der Geschäftsprüfung- und Finanzkommission des Grossen Rates dem Gremium an. Es dürfte kein Zufall sein, dass beide einer kleinen Partei angehören, die nicht in der Thurgauer Exekutive vertreten ist. Nebst den Kantonsräten legte der Regierungsrat bei der personellen Zusammensetzung vor allem Wert auf eine Aussensicht: «Es war uns wichtig, dass die anderen Personen keinen Bezug zum Thurgau haben», sagt Regierungspräsidentin Carmen Haag. Alle Angefragten hätten zugesagt. Sie seien somit die erste Wahl der Regierung.

Vergleiche mit anderen Kantonen

Die Kommission hat den Auftrag, «den Vollzug der Tierschutzgesetzgebung im Kanton Thurgau systematisch zu analysieren». Konkret gehe es darum, die Strategie und die Abläufe des Veterinäramts beim Vollzug der

Tierschutzgesetzgebung darzulegen, heisst es in einer Mitteilung des Kantons. Auch sollen Vergleiche zum Vorgehen in anderen Kantonen gezogen werden. Allfällige Fehleinschätzungen oder Fehlverhalten sollen aufgezeigt, Verbesserungsvorschläge eingebracht und rechtliche Grundlagen angepasst werden.

Mitglieder werden entschädigt

Während Aufgabe und Ziel durch den Regierungsrat bestimmt sind, bleibt die Arbeitsweise der Untersuchungskommission überlassen. «Es liegt nicht in unserem Einflussbereich, wie sie vorgehen wird», sagt die Regierungspräsidentin. Zuerst müsse sich nun das Gremium konstituieren. Danach sollen der Kommission keine Türen oder Schubladen der kantonalen Verwaltung verschlossen bleiben. «Alles, was sie brauchen, wird ihnen offengelegt», sagt Haag. Es sei derzeit ungewiss, wie gross der Aufwand sein werde. Deshalb sei kein Budget erstellt worden. «Was es braucht, um den Fall aufzurollen, stellen wir zur Verfügung.» Die Mitglieder der Kommission werden auch entschädigt. Entsprechende Regelungen seien aber noch keine getroffen. Zumindest ein erster Zeitplan steht: «Der Regierungsrat wünscht sich, dass ein erster Bericht bis Ende Dezember vorliegt», sagt Haag.

Bereits wird auch diskutiert, wer dereinst Einsicht in die Untersuchungsergebnisse erhalten soll: So betont der grünliberale Kantonsrat Ueli Fisch, es sei wichtig, dass der Bericht öffentlich einsehbar sein werde, ganz nach dem Prinzip des Öffentlichkeitsgesetzes.

Silvan Meile, Larissa Flammer

thurgau@thurgauerzeitung.ch

LESERKOMMENTARE

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN
